

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 045-2014
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.0134

Eingereicht am: 01.02.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Muntwyler (Bern, Grüne) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 20.03.2014

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Wie viel Steuersubstrat verlor der Kanton Bern?

Die Schätzungen, wie viel Steuersubstrat durch Steuerhinterziehung verloren gehen, sind unterschiedlich (sie gehen je nach Quelle bis zu 20 %). Bei den meisten geschätzten Grössenordnungen sind Einnahmen zu erwarten, welche die durch die ASP-Sparaktion angesprochenen Summen bei weitem übersteigen. Es liegt daher auf der Hand, dass der Frage der Steuerhinterziehung grösseres Gewicht beigemessen werden sollte.

Die bekannt gewordene mutmassliche Umgehung von Unternehmenssteuern der Ammann-Gruppe durch eine Briefkastenfirma auf Jersey (Rundschau, BZ usw.) wirft Fragen auf. Einerseits wird der Steuerzahler verunsichert, weil hier der Eindruck entsteht, dass nicht mit gleichen Ellen gemessen wird. Andererseits hat sich seither auch das politische Klima dergestalt verändert, dass solche Umgehungsgeschäfte nicht mehr opportun sind. Es ist auch suboptimal, dass ein Klima des Misstrauens gegenüber Unternehmern entsteht. Es soll daher Klarheit aus der Sicht der Steuerzahler des Kantons Bern geschaffen werden.

Die Regierung wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie viel Steuerertrag ging dem Kanton Bern verloren durch die Steuerumgehungsgeschäfte der Amman-Gruppe aus Langenthal mit der Briefkastenfirma auf Jersey?

2. War das legal?
3. Wären solche Geschäfte heute noch möglich?
4. Sind der Steuerverwaltung weitere solche steuerrechtlichen Konstrukte anderer Firmen bekannt, mit denen dem Kanton Bern Steuersubstrat vorenthalten wurde?
5. Wie hoch sind diese entgangenen Einnahmen?
6. Wären solche Geschäfte in Zukunft noch möglich?
7. Muss die Steuerverwaltung verstärkt werden, um solche Steuerumgehungsgeschäfte zu untersuchen?